

Unterausschuss „Verbraucherschutz“ des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

10. - öffentliche - Sitzung am 13. Februar 2019)

Beratungsthemen:

1. Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem aktuellen Sachstand bezüglich des Zentrums für Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen (ZEHN)

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat mit Blick auf die Arbeit der interministeriellen Projektgruppe, noch einmal Ende April/Anfang Mai über den dann aktuellen Sachstand unterrichtet zu werden.

2. Konsequenzen aus Diesel-Betrugsskandal ziehen: Wirtschaftssanktionsrecht verschärfen, Zivilprozessrecht anpassen, Whistleblower schützen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1394](#)

Der Unterausschuss schloss sich der Empfehlung des federführenden Ausschusses an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: Grüne

Enthaltung: FDP

3. Terminplanung

Der Unterausschuss kam überein, seine für den 13. März 2019 vorgesehene Sitzung ausfallen zu lassen.

Ferner verständigte er sich darauf, am Rande des Märzplenums zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenarbeit bei Überwachungs- und Untersuchungsaufgaben im Verbraucherschutz- und Tiergesundheitsbereich in der Drucksache 18/2769 sowie zur Vorbereitung einer parlamentarischen Informationsreise zusammenzukommen.